

reitschaft zur Mitarbeit. Prüfungen der KRK in Grundorganisationen der örtlichen Räte haben ergeben, daß sich dort fast alle Parteileitungen regelmäßig mit der Eingabenarbeit befassen.

Wir konnten uns überzeugen: Das Familiengespräch ist im Kreis Oranienburg eine seit langem bewährte Methode politischer Massenarbeit und vertrauensvoller Beziehungen zu den Bürgern. So hat die Parteiorganisation des Rates der Stadt Oranienburg darauf Einfluß genommen, daß allein im vergangenen Jahr 138 Bürger, die sich mit Eingaben an den Rat gewandt haben, von Ratsmitgliedern, Abgeordneten und Mitgliedern der Ausschüsse der Nationalen Front aufgesucht und im Kreis der Familie ihre Belange diskutiert wurden. Auf diese Weise konnte über die Hälfte der Eingaben an Ort und Stelle zur Zufriedenheit der Bürger gelöst werden. So wurde das Vertrauensverhältnis der Bürger zu ihrem sozialistischen Staat weiter gefestigt.

Dadurch gelang es auch weitgehend, die Bereitschaft der Bürger zu fördern, an der Lösung der Probleme selbst aktiv mitzuwirken. Zum Beispiel hatten sich Anlieger einer Straße im Ortsteil Sachsenhausen wegen eines schlechten Gehweges an den Rat gewandt. Abgeordnete, Genossen des Rates und andere gesellschaftliche Kräfte berieten mit den Familien, wie der Schaden schnell zu beheben sei. 14 Familien erklärten sich bereit, die Arbeiten im „Mach mit!“-Wettbewerb zu übernehmen. Sie verlegten 300 Meter Gehwegplatten, die der Rat zur Verfügung stellte, und schufen damit einen Wert von 10 000 Mark.

Die Grundorganisation des Rates der Stadt hält es für richtig und möglich, 1982 grundsätzlich alle Eingaben im persönlichen Gespräch mit den Bürgern zu erörtern und gemeinsamen Lösungswege zu suchen. Diese Aufgabe ist unter Parteikontrolle gestellt worden. Eine solche feste Ver-

bindung der gewählten Volksvertreter, der Mitglieder und Mitarbeiter des Rates zu den Bürgern half, kampagnehaften Arbeitsstil zu überwinden. Nicht nur zu politischen Höhepunkten wie zu den Volks wahlen finden sie den Weg zu den Bürgern, sondern sie festigen ständig durch kameradschaftliche Aussprachen den Kontakt. Die Parteiorganisationen tragen aber nicht nur Verantwortung für Eingaben, die unmittelbar an sie gerichtet sind. Sie sind auch verpflichtet, ihr Kontrollrecht nach Punkt 63 des Parteistatuts gewissenhaft wahrzunehmen. Viele Grundorganisationen in den staatlichen Organen des Kreises kommen dieser Verpflichtung nach. Die Parteisekretäre nehmen an den Beratungen des Rates teil. Oft gehört ein Ratsmitglied der Parteileitung an. Dadurch ist die ständige Information des Parteikollektivs über wichtige Ratsentscheidungen wie auch über die Bearbeitung der Eingaben gewährleistet. Zum anderen nehmen die Parteileitungen Eingabeanalysen zur Kenntnis, bevor sie im Rat behandelt werden.

### Mündliche Vorschläge exakt erfassen

Allerdings beschränken sich einige Grundorganisationen darauf, lediglich Berichte von staatlichen Leitern auf der Grundlage der von ihnen nach dem Eingabengesetz zu erarbeitenden Analysen entgegenzunehmen. Die Kreisrevisionskommission hält eine eigenständige analytische Arbeit der Parteileitung, das Herausarbeiten eines eigenen Standpunktes für unbedingt erforderlich. Das versetzt die Parteiorganisation besser in die Lage, die Leistungsbereitschaft der Werktätigen zu fördern, zu den Ursachen von Beschwerden und Kritiken vorzudringen und daraus Schlußfolgerungen für die politisch-ideologische und parteierzieherische Arbeit zu ziehen.

## Information

### Diskussionen zur Wirtschaftsstrategie

In Auswertung des Seminars des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK in Leipzig wurden auf Beschluß der Parteileitung im VEB Nickelhütte St. Egidien Tage der ökonomischen Agitation und Propaganda durchgeführt. Das Anliegen der in diesen Tagen stattgefundenen vielfältigen Veranstaltungen war es, die Wirtschaftsstrategie der Partei weiter zu erläutern und neue Initiativen im Wettbewerb auszulösen.

Das von der Parteileitung dazu beschlossene Programm orientierte vor allem auf differenzierte Gespräche mit den Betriebsangehörigen, zum Beispiel mit den Mitgliedern von Jugendbrigaden, mit Meistern und Brigadiern, mit Neuerern, mit Funktionären der gesellschaftlichen Organisationen, besonders der Gewerkschaft und der FDJ. Gesprächspartner waren dabei Mitglieder der Parteileitung, der BGL, staatliche Leiter sowie Genossen und Kollegen der Be-

triebssektion der Kammer der Technik und der Mitgliedsgruppe der URANIA.

In Auswertung dieser Tage der ökonomischen Agitation und Propaganda konnte die Parteileitung einschätzen, daß die offensiven Diskussionen über die Wirtschaftsstrategie der SED in den Arbeitskollektiven viele neue Überlegungen bewirkten. So zum Beispiel darüber, wie die Grundfonds noch besser ausgelastet werden können, sparsamer mit Energie und Rohstoffen umzugehen, das gesellschaftliche Arbeitsvermögen effektiver zu nutzen ist. (NW)